

---

FDP Frankfurt am Main

## **IMPFPRIORISIERUNG FÜR ASTRA-ZENECA AUFHEBEN!**

13.04.2021

---

„Nicht die Notbremse wird uns aus der Krise bringen, sondern nur der Impfturbo“, erklärt Yanki PÜRSÜN, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, und erneuert seine Forderung, das Impfen in Hessen endlich zu beschleunigen, um die Corona-Pandemie zu bewältigen. Dass sich jetzt auch Menschen der Priorisierungsgruppe 3 für eine Impfung registrieren können, sei zwar ein gutes Signal, aber: „Was zählt ist, dass der Impfstoff in die Oberarme der Menschen kommt. Deshalb fordern wir die Landesregierung jetzt auf, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und für Astra-Zeneca die Impfpriorisierung aufzuheben. Wer sich freiwillig mit Astra-Zeneca impfen lassen möchte, dem sollte dies möglich sein, auch wenn er noch keine 60 Jahre alt ist. Jeder Geimpfte leistet einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung des Virus.“

Pürsün fordert darüber hinaus, den Hausärzten umgehend mehr Impfstoff zur Verfügung zu stellen. „Die Hausärzte haben Kapazitäten, und viele Impfwillige möchten sich das Serum lieber in einer Praxis als im Impfzentrum verabreichen lassen.“ Pürsün verweist auf einen Medienbericht, wonach das Land die Impfzentren aufgefordert hat, die Kapazitäten zu erhöhen und alle vom Land bereitgestellten Dosen auch für das Terminierungsverfahren freizugeben. „Das heißt doch im Umkehrschluss, dass mehr Impfstoff da ist, als bislang Termine vergeben wurden – und auch die Hausärzte mehr Impfdosen hätten bekommen können. Da verwundert es nicht, dass Hessen im Impfranking der Bundesländer abgeschlagen ist.“

Pürsün ergänzt: „Die Landesregierung hat immer wieder gesagt, die schlechte Impfquote liege allein am fehlenden Impfstoff. Noch am Mittwoch hat Sozialminister Kai Klose im Sozialpolitischen Ausschuss des Landtags das langsame Verimpfen allein mit dem Mangel an Dosen begründet. Wenn aber mehr Impfdosen da sind, stärkt das nicht das

Vertrauen der auf Termine wartenden Bürgerinnen und Bürger in die Politik.“